



Trafen sich beim Kreissprechertag 2006 der Europa-Union: (von links) Marcus Oberstedt, Kreisvorsitzender in Osterholz, der Landesvorsitzende Wolfgang Zapfe, Ilse Pscherer, Ehrenvorsitzende in Osterholz, und Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, Europaabgeordneter. PÖT/FOTO: PETER OTTO

Von „Jubeltruppe“ keine Spur

Kreissprechertag der Europa-Union: Mayer zu den Vorteilen der EU

Ostholzer Kreisblatt 16/10/06

Von unserem Mitarbeiter
Peter Otto

OSTERHOLZ-SCHARMBECK. Der Landesverband Niedersachsen der Europa-Union hatte am Sonnabend im Kreishaus zum Kreissprechertag eingeladen. Das Gremium ist das höchste Verbandsorgan zwischen den Landesversammlungen. Hier diskutieren die Vertreter über aktuelle europapolitische Fragen. Kernthema: Wie lässt sich die Öffentlichkeit noch stärker für Europapolitik interessieren?

Die Europa-Union sei „eine der größten Bürgerinitiativen“ in Deutschland, behauptet der Landesvorsitzende in Niedersachsen, Wolfgang Zapfe. Sie sei überparteilich und überkonfessionell und habe es sich zur Aufgabe gemacht, den Bürgern vor Ort den europäischen Gedanken näherzubringen. Dennoch sei die Europa-Union „keine Jubeltruppe“. „Wir begleiten die Entwicklung mit kritischer Sympathie.“ Besonders die Ju-

gend müsse für die europäische Idee gewonnen werden, bemerkt Marcus Oberstedt, der Kreisvorsitzende Osterholz. „Über die Jugend muss Europa ein Gesicht bekommen.“

Im Rahmen des Kreissprechertages 2006 referierte der Europaabgeordnete der Europäischen Volkspartei, Professor Dr. Hans-Peter Mayer, über das Leitthema „60 Jahre Europa in Niedersachsen - was erwarten wir von der deutschen Ratspräsidentschaft?“ Deutschland und damit auch Niedersachsen profitierten deutlich von der Europäischen Union (EU), erklärt Mayer, der seit 1999 im Europäischen Parlament sitzt. Dies müsse man den Menschen in unserem Lande erklären. Nur so würden sie sich auch zur EU bekennen. Die EU sei kein Staat, sondern ein Rechtssystem, das sich in einer fortlaufenden Entwicklung befinde. Sie habe sich mittlerweile von sechs auf 25 Mitglieder erweitert und damit auch strukturell verändert. Mit jedem neuen Staat kämen neue

Probleme auf die Union zu; sie unterlägen aber alle den gleichen Entscheidungskriterien, erläutert der EU-Parlamentarier. Um der Europäischen Union einen rechtlich verfassten Status zu geben, müsste über die von Frankreich und den Niederlanden zu Fall gebrachte Verfassungsreform noch einmal abgestimmt werden. 55 Prozent der Mitgliedstaaten müssten sich dann dafür aussprechen, dabei müssten sie 65 Prozent der Bevölkerung in der EU abdecken, rechnet Mayer vor. Dann brauchten die kleinen Länder keine Sorge zu haben überstimmt zu werden und die großen brauchten nicht zu fürchten, dass sich die Kleinen gegen sie zusammenrotteten. Deutschland müsse sich, wenn es die EU-Ratspräsidentschaft übernehme, als Wirtschaftsmacht und wichtige politischer Faktor erweisen. Als politische Führungsmacht könne die Bundesrepublik dann Vorschläge unterbreiten, wie es mit dem Verfassungsvertrag weitergehen sollte.

Begeisterung für Europa wecken

2007 übernimmt Deutschland EU-Ratspräsidentschaft

Osterholzer Anzeiger

18/10/05

Von Gerhard Dolan

Landkreis. Interessante aber auch schwere Kost im großen Sitzungssaal des Kreishauses, in dem sonst kommunalpolitische Entscheidungen diskutiert und getroffen werden. An diesem nebelverhangenen Oktobersonnabend stand Großes auf dem Programm. Aus 17 Kreisverbänden waren Vertreter nach Osterholz-Scharmbeck gekommen, um neben dem einführenden Vortrag von Professor Hans-Peter Mayer in Arbeitsgruppen über den Beitritt von Bulgarien und Rumänien zu diskutieren.

Um Integrationsfragen und die Vielgestaltigkeit Europas auszu-leuchten und auch, um die deut-

sche Ratspräsidentschaft ab dem 1. Januar näher in Augenschein zu nehmen, Fragen zu stellen und Antworten zu erhalten. Die meisten Deutschen erwarten, dass die Europäische Union in den nächsten fünf Jahren in ihrem persönlichen Leben eine wichtige Rolle spielen wird. Sie wünschen sich mehr Ergebnisse von Europa, vor allem, was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betrifft. Doch deutliche Unterschiede zeigen sich bei den Kenntnissen. Im europäischen Vergleich wissen vor allem die Einwohner der neuen Bundesländer unter allen Befragten am wenigsten über die EU. Immerhin glaubten bei einer Umfrage im Frühjahr dieses Jahres 39 Prozent der Ostdeutschen und 20 Prozent der Westdeutschen,

dass sich das eigene Leben verschlechtern werde. Damit liegen die Bundesrepublikaner europaweit auf der letzten Stelle der Pessimismusskala. Dazu passe zum Beispiel der ursprüngliche Plan der Abgeordneten in Brüssel und Berlin, die Europäische Union bis zum Jahre 2010 zu den wettbewerbsfähigsten Wirtschaftszusammenschlüssen der Welt zu entwickeln, sagte Professor Mayer. In der Realität sei dieser Staatenbund allerdings zurückgefallen. „Nicht weil wir schlechter geworden sind, sondern weil die anderen besser geworden sind“, erklärte Mayer, Mitglied des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages. „Die Schwellenländer entwickeln eine enorme Dynamik. Das müssen wir endlich zur

Kenntnis nehmen. Ohne höchste Qualität made in EU kommen wir nicht mehr weiter.“ Der Schwerpunkt der Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft liegt laut Mayer darin, die Grenzen der Europäischen Union klar zu definieren, den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt für Strom und Gas zu vollenden, die Verbesserung der wirtschaftlichen Dynamik und damit auch den Schutz des geistigen Eigentums sicherzustellen, den Abbau übermäßiger Bürokratie voranzutreiben und - als wichtigsten Punkt - die Revitalisierung des Verfassungsvertrages.

Arbeitsgruppen beschäftigten sich im Anschluss an Vortrag und Diskussion mit der Frage, ob die EU weitere Staaten aufnehmen solle. Vor allem auch mit dem Abbau von Bürokratie. Ilse Pscherer, Ehrenvorsitzende im Kreisverband Osterholz, prangerte vor allem den allmonatlichen Umzug der EU-Parlamentarier und ihrer Büros von Brüssel nach Straßburg an. Professor Mayer bezweifelte allerdings, dass dies 200 Millionen Euro pro Jahr koste, wie vor Monaten Freidemokraten ausgerechnet hatten. Unter das Thema „Chancengleichheit für alle“ ist übrigens am 22. Januar der Europatag an niedersächsischen Schulen gestellt. Damit soll ein Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft geleistet werden. Mit einem Workshop „Europa ist mehr als die EU“ wartet die Volkshochschule Diepholz in Zusammenarbeit mit der Regionalen Lehrerfortbildung und der Europa-Union, Kreisverband Diepholz, am Mittwoch, dem 1. November auf.



Von links: Marcus Oberstedt, die Ehrenvorsitzende Ilse Pscherer, Wolfgang Zapfe, Heike Schumacher und Prof. Hans-Peter Mayer

Foto: dol

„Bürgerinitiative für Europa“

Europa-Union will Menschen für die EU begeistern / Landestagung im Kreishaus

von unserem Redakteur
Michael Wilke

ANDKREIS. Sie nennt sich „Bürgerinitiative für Europa in Deutschland“: In der Europa-Union engagieren sich Sozialdemokraten und Grüne, Liberale, Christdemokraten und Parteilose für ein geeintes Europa. „Wir sind überparteilich und unabhängig“, sagt Marcus Oberstedt, der Kreisvorsitzende. Am Sonnabend, 14. Oktober, treffen sich Delegierte aus ganz Niedersachsen im Osterholzer Kreishaus.

Marcus Oberstedt rechnet mit 45 Delegierten und 15 Gästen. Die „Kreissprechertagung“ ist das höchste Gremium des Landesverbandes der Europa-Union zwischen den Landesversammlungen, die alle zwei Jahre abgehalten werden. Die Tagung beginnt um 10 Uhr im Sitzungssaal des Kreishauses; der erste Teil ist öffentlich. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Wolfgang Zapfe folgen Grußworte. Ab 11 Uhr spricht der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer über „60 Jahre Europa in Niedersachsen – was erwarten wir von der



Marcus Oberstedt ist Kreisvorsitzender der Europa-Union.
FOTO: HASSELBERG

Abgabe Antrag 11/10/06
deutschen Ratspräsidentschaft? Deutschland übernimmt im ersten Halbjahr 2007 den Vorsitz im Europäischen Rat.

Die Europa-Union wird 60 Jahre alt: Sie wurde am 9. Dezember 1946 in Syke gegründet. „Damals waren viele Menschen davon überzeugt, dass die Gräben in Europa überwunden werden müssen, damit sich der Zweite Weltkrieg nicht wiederholt“, erklärt Oberstedt. „Darum sollten alle Parteien zusammen für ein geeintes Europa eintreten.“

Heute sind die Erzfeinde von einst Partner in der Europäischen Union, doch für die meisten Bürger sind die EU-Administration in Brüssel und das Parlament in Straßburg weit weg; das Interesse ist gering. Die Europa-Union will den Menschen das geeinte Europa näher bringen, zumal die Bedeutung der EU wächst: Die in Brüssel beschlossenen Richtlinien sind für alle Mitgliedsstaaten bindend. Oberstedt hofft, dass am Sonnabend zwischen 10 und 12 Uhr auch interessierte Zuschauer kommen. Sie werden gebeten, sich unter Telefon 04791/89740 oder per E-Mail unter marcus.oberstedt@t-online.de anzumelden.